
Bericht

Zur Lage der Gewerkschaften in Spanien

Seit der Ernennung von Ministerpräsident *Adolfo Suarez* durch König *Juan Carlos* am 3. Juli 1976 hat Spanien verschiedene Etappen einer Demokratisierung - von der Legalisierung der politischen Parteien bis hin zu den Parlamentswahlen dieses Jahres - durchlaufen. Dieser planmäßige Prozeß konnte auch durch Bomben und Attentate von ultralinks und ultrarechts nicht aufgeschoben werden.

Zur historischen Entwicklung

Die gewerkschaftliche Entwicklung verlief dagegen viel weniger gradlinig. Zur Erklärung dieser Tatsache sei ein kurzer Blick in die Geschichte getan:

Vor 1936 bestand die Gewerkschaftsbewegung in Spanien aus zwei mächtigen Organisationen mit jeweils mehr als einer Million Mitglieder; daneben gab es einige „gelbe“ Verbände. Weder Kommunisten noch Faschisten gelang es, eigene lebensfähige Gewerkschaftsorganisationen als Konkurrenz zur sozialistischen „Union General de Trabajadores“ (UGT) und zur anarchosyndikalistischen „Confederación Nacional del Trabajo“ (CNT) aufzubauen.

Der spanische Bürgerkrieg, der in erster Linie ein Krieg gegen die organisierte Arbeiterklasse war, traf die Gewerkschaften schwer. Auch nach dem offiziellen Kriegsende ging die Verfolgung weiter: So wurden Arbeiter z. B. nur deshalb erschossen, weil sie Mitglieder der UGT oder der CNT gewesen waren. Die beiden Gewerkschaftsorganisationen versuchten, in der Emigration und in Spanien selbst zu überleben: Im Lande konnten sie dies nur unter strengsten Vorsichtsmaßnahmen und mit sehr schmalen Wirkungsbereich; im Ausland lag das Schwergewicht bei der Bildungsarbeit für Emigranten und später für spanische Arbeiter, die zur Arbeit ins Ausland gegangen waren. Dabei wurde der Widerstand gegen das faschistische Regime in Madrid nie aufgegeben.

Neue Kampf- und Organisationsformen

Inzwischen wuchs in Spanien eine Generation heran, die den Bürgerkrieg nur vom Hörensagen kannte und deshalb nicht unter diesem Trauma litt; außerdem begann eine allmähliche industrielle Entwicklung des Agrarlandes, die Millionen Menschen zwang, aus ihrer landwirtschaftlichen Umgebung in die Wirtschafts- und Tourismuszentren zu wandern. Diese Wanderungsbewegung von Millionen Menschen brachte neue Probleme für die Arbeitnehmer, aus denen sich alte Forderungen der Arbeiterbewegung ergaben: Lohnerhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmervertretungen im Betrieb usw.

Die Arbeitnehmer mußten eigene Kampfmethoden entwickeln und neue Organisationen bilden, um diesen Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Sie wurden dabei von Politikern und Geistlichen unterstützt. Obwohl der Streik verboten war, wurde gestreikt, ohne daß Arbeitgeber oder Polizei dies verhindern konnten. Obwohl Kundgebungen verboten waren, versammelten sich die Arbeiter und trotzten den Polizeiangriffen. Immer wieder stellten sie ihre Forderungen auf, obwohl auch das verboten war. Dieser Widerstand kostete einen hohen Preis. Hunderte von Arbeitern wurden entlassen, verhaftet, gefoltert. Die Massenmedien wurden überaus wirksam gegen diese Arbeiterbewegung eingesetzt. Sie berichteten, etwa über betriebliche Vorgänge, nie objektiv. Dadurch wurde auch die Koordination der verschiedenen Aktivitäten der Arbeiterschaft erschwert. Die Arbeiterorganisationen — obwohl als Gewerkschaften bezeichnet — konnten in dieser Situation praktisch noch keine gewerkschaftliche Arbeit leisten.

Der Tod Francos änderte die Situation nicht automatisch. Im Gegensatz etwa zu Italien und Deutschland nach 1945 existierten zunächst alle Institutionen der Diktatur weiter, ja, sie schienen nach Francos Tod noch starrer zu werden, um zu beweisen, daß das Ende des Diktators nicht das Ende des Regimes sei. Allerdings: Keine Diktatur überlebt ihren Schöpfer.

Zwischen erstem Kongreß und ersten Wahlen

Um die Präsenz der Gewerkschaftsbewegung und die eingetretenen Veränderungen zu dokumentieren, hielt die UGT im April 1976 ihren 30. ordentlichen Kongreß in Madrid ab. Die UGT war illegal, die Regierung genehmigte den Kongreß nicht, tolerierte ihn aber. Gewerkschafter aus ganz Spanien, aus ganz Europa trafen sich in Madrid — damit war der erste Schritt getan, der Weg aus der Verbannung angetreten. Von nun an gab es zahlreiche gewerkschaftliche Veranstaltungen, über die auch in den Medien berichtet wurde. Die Gewerkschaften blieben zwar illegal, wurden aber nicht mehr verfolgt.

Viel früher als die Gewerkschaften wurden die politischen Parteien legalisiert, die auch schon vorher größere Freiheiten erlangt hatten. Die Regierung führte Gespräche mit den Parteien und ignorierte die Gewerkschaften. Es wurden Gesetze verkündet, die die Arbeit der Parteien erleichterten, während alte antigewerkschaftliche Gesetze in Kraft blieben. Dies war eine unerträgliche Situation, die auch durch die Verkündung der gewerkschaftlichen Freiheit am 28. April 1977 nicht endgültig gelöst wurde: Wenige Tage später wurden den legalen Gewerkschaften friedliche Kundgebungen zum 1. Mai verboten. Innerhalb der Regierung war es zu Differenzen über die Gewerkschaftsfrage gekommen - der stellvertretende Ministerpräsident, ein Militär, war sogar zurückgetreten. Die Mai-Kundgebungen fanden dennoch statt, mit dem Ergebnis, daß die Polizei hart durchgriff und Hunderte verletzt oder verhaftet wurden.

Wie ist der Widerspruch zwischen Legalisierung und Verbot zu erklären? Die Legalisierung der Gewerkschaftsbewegung bedeutete die Auflösung der bis dahin bestehenden offiziellen faschistischen Zwangs-„Gewerkschaften“; sie hatten erhebliche wirtschaftliche und politische Macht angesammelt, sie waren Zufluchtsort für die reaktionärsten Teile der Rechtsbewegung geworden. Von hier kamen auch jene Männer, die den Mord an den fünf Rechtsanwälten in Madrid im Januar 1977 finanzierten. In diesem Klima fanden am 15. Juni 1977 die politischen Wahlen statt.

Zur gegenwärtigen Situation

Seit dem 1. Juli 1977 gibt es Pflichtmitgliedschaft und -beitrag zur Zwangs-„Gewerkschaft“ nicht mehr. Damit sind nun 10 Millionen Arbeitnehmer in der Lage, sich für eine gewerkschaftliche Organisation zu entscheiden oder auch unorganisiert zu bleiben. Etwa zehn Prozent sind schon Gewerkschaftsmitglieder, die Tendenz ist steigend. Es gibt nun in Spanien folgende gewerkschaftliche Organisationen:

UGT	- Unión General de Trabajadores (Allgemeiner Arbeiterbund) (sozialistisch)
CC.OO.	- Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen) (kommunistisch)
CNT	- Confederación Nacional de Trabajadores (Nationaler Bund der Arbeit) (anarchosyndikalistisch)
USO	- Unión Sindical Obrera (Arbeiterbewegungsbund) (christlich, ähnlich wie
	CFDT in Frankreich)
CSTU und UT	- maoistisch
STV	- Baskenland (christlich)
SOC	- Katalonien (christlich)

Daneben gibt es eine Reihe von Verbänden auf lokaler und betrieblicher Ebene, die oft sehr stark der jeweiligen Firmenleitung verbunden sind.

Diese gewerkschaftliche Vielfalt mag zunächst erstaunen, aber auch bei den politischen Parteien hat sich herausgestellt, daß es in Wirklichkeit nur vier ernst zu nehmende Gruppierungen gibt: zwei Parteien mit starker Basis und zwei Minderheitenparteien. Ähnliches läßt sich bei den Gewerkschaften beobachten: Die Mehrzahl der Arbeitnehmer organisiert sich in der UGT oder bei den Arbeiterkommissionen, eine Minderheit bei den übrigen Organisationen.

Die UGT und ihr Generalsekretär *Nicolas Redondo*, der Abgeordneter der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens für Vizcaya/Baskenland ist, stehen vor großen Problemen. Es mangelt an finanziellen Mitteln, um eine Organisationsstruktur aufbauen zu können, die dem Ansturm neuer Mitglieder gewachsen ist. Deshalb fordert die UGT die Rückgabe ihres Vermögens, das die Faschisten nach dem Bürgerkrieg konfisziert hatten. Damit könnten z. B. Büros

eingerrichtet werden und die Bildungsarbeit intensiviert werden. Bisher stehen dafür nur die Mitgliederbeiträge zur Verfügung. Hier ist die finanzielle Solidarität von IBFG und Berufsssekretariaten hilfreich. Aber es gibt nicht nur finanzielle Probleme, es fehlen vor allem auch qualifizierte gewerkschaftliche Funktionäre.

Unsicher ist die zukünftige Politik der Arbeiterkommissionen unter Generalsekretär *Marcelino Camacho*, der Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens und Abgeordneter seiner Partei für Madrid ist. Nach dem Mißerfolg bei den Wahlen brauchen die Kommunisten ein Druckmittel gegenüber der Regierung. Dies könnten sie erreichen, wenn die Arbeiterkommissionen zur stärksten gewerkschaftlichen Kraft in Spanien würden. Sie werden deshalb alle materiellen und ideellen Mittel einsetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Frage ist, was geschieht, wenn sie dieses Ziel nicht erreichen.

Die übrigen gewerkschaftlichen Organisationen dürften kaum lebensfähig sein, wenn auch vielleicht christliche und maoistische Splittergruppen fortexistieren werden. Den besten Aufschluß über die weitere gewerkschaftliche Entwicklung in Spanien werden die kommenden Wahlen in den Betrieben erbringen.

Carlos Pardo, Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Verbandes für Spanien und Portugal, Madrid